

Goranić, Pavle

Article — Digitized Version

Die Krise des jugoslawischen Fünfjahresplans

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Goranić, Pavle (1950) : Die Krise des jugoslawischen Fünfjahresplans, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 9, pp. 39-43

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131183>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

strialisierten Länder vom Weltmarkt wieder verschwunden. Umso stärker ist gegenwärtig der Druck dieser neuen Industriekapazitäten auf die inneren Märkte Lateinamerikas, und umso stärker sind folglich die Schutzansprüche der nationalen Industrien an die Regierungen. Manches unserer arbeitsintensivsten Industrieerzeugnisse wird künftig also in den großen Ländern Lateinamerikas auf zollrechtliche Schranken stoßen. Und da wir mit diesen Produkten, die bei uns als „essentials“, drüben jedoch als „non essentials“ angesehen werden, in erster Linie unseren Export bestreiten wollen, bedeutet es keinen ausreichenden Trost, wenn man uns zum Ausgleich auf die steigenden Absatzmöglichkeiten für weniger arbeitsintensive technische und chemische Halbfabrikate verweist. In jedem Fall wird eine arbeitsreiche und oft kostensteigernde Umstellung in unserem Exportsortiment für Süd- und Mittelamerika vorgenommen werden müssen.

Ein kürzlich veröffentlichter UNO-Bericht ist der Auffassung, daß Westdeutschland bis zum Jahre 1952 ein Drittel des Dollardefizits seines gesamten Außenhandels durch Förderung seines Lateinamerika-Exportes ausgleichen kann. Er stützt sich im wesentlichen auf die Tatsache, daß die Einfuhr Latein-

amerikas aus den USA. seit Anfang 1947 und die Einfuhr aus Großbritannien seit dem Herbst 1948 ständig sinken. Da ferner der Passivsaldo Lateinamerikas im Verkehr mit den USA. rund 75 % seines Aktivsaldos im Handel mit den westeuropäischen Ländern ausmache, werde man in Lateinamerika dazu gezwungen, die Einfuhr aus Europa, und besonders aus Deutschland, zu steigern.

Es ist möglich oder sogar wahrscheinlich, daß der Korea-Konflikt diese Entwicklung begünstigt. Allerdings kann es sein, daß eine neue Rüstungskonjunktur in den USA., ähnlich wie im letzten Weltkrieg, zu einer Wiederankurbelung der lateinamerikanischen Ausfuhr nach den USA. führt. Die in Bewegung geratenen Weltmarktpreise deuten schon darauf hin. Sicher aber würde dann die Exportfreudigkeit der USA. nach Lateinamerika noch mehr gedämpft. Ihre Lieferfristen würden sich verlängern, und die schon seit Monaten feststellbare preisgünstigere Gestaltung der Einfuhr aus Europa würde zu einer weiteren Verlagerung lateinamerikanischer Aufträge nach dieser Seite des Atlantik anreizen. Zweifellos ist daher der jetzige Augenblick für Deutschland geeignet, um seine Exportanstrengungen, insbesondere nach Südamerika, zu verstärken.

Die Krise des jugoslawischen Fünfjahresplans

Pavle Goranić, M

Das Gesetz über den ersten Fünfjahresplan ist in der ersten Hälfte 1947 in Kraft getreten, und als Termin für die Beendigung der Planvorhaben ist der 31. Dezember 1951 angesetzt. Die Grundaufgabe des Planes wurde folgendermaßen definiert: „Das Hauptgewicht im Aufbau unseres Planes liegt auf der Schwerindustrie, und zwar besonders auf Schwarzmetallurgie und Maschinenindustrie“¹⁾. Mit der Aufstellung des Fünfjahresplanes hat die jugoslawische Regierung beschlossen, die bisherige Struktur der jugoslawischen Wirtschaft zu liquidieren und aus diesem Land, das für seine natürlichen Reichtümer bekannt, industriell aber zurückgeblieben war, einen fortschrittlichen Industriestaat zu machen. Als die Belgrader Regierung den Fünfjahresplan ausarbeitete, verfügte sie innenpolitisch über unbeschränkte Macht, während sie sich außenpolitisch im Verband der von der Sowjetunion abhängigen Staaten befand. Dieses zweite Moment spielte bei der Schaffung des neuen Wirtschaftsbildes des Landes eine sehr wichtige Rolle, und beide Faktoren zusammen hielt man für ausreichend, um die jugoslawische Wirtschaft revolutionieren zu können. So beschloß man, rücksichtslos den gefaßten Plan zu verwirklichen und alle Hindernisse, notfalls auch durch drastische Maßnahmen, zu überwinden. Das brachte der Präsident der Plankommission, Boris Kidrič, in der Budgetdebatte von 1948 klar zum Ausdruck: „In Wirklichkeit wäre es reine Demagogie, wenn wir heute vor allen anderen Dingen die

Verbrauchsgüterindustrie forcieren und die Grundzweige unserer Schwerindustrie, Bergbau und Elektrifizierung, vernachlässigen würden“²⁾.

Die jugoslawische Regierung hat die bisherigen amtlichen Unterlagen über die Durchführung des Fünfjahresplanes in den einzelnen Planjahren veröffentlicht. Wie die übrigen kommunistischen Regierungen legt auch die Belgrader Regierung das Wirtschaftsbild durch zahllose Prozentzahlen dar. Eine derartige Veröffentlichung kann jedoch nur schwerlich dazu dienen, ein objektives Bild der Lage zu vermitteln, um so mehr, als sich gezeigt hat, daß den veröffentlichten Prozentzahlen nicht immer voller Glauben geschenkt werden kann. Ein besseres Bild, das wenigstens annähernd dem tatsächlichen Stande entspricht, läßt sich gewinnen, wenn man regelmäßig und aufmerksam die jugoslawische Presse verfolgt. Danach würde das Bild des Fünfjahresplanes so aussehen:

Vor allem muß man die Periode der Durchführung des jugoslawischen Fünfjahresplans in drei Zeitabschnitte zerlegen: Die erste Periode dauert vom Beginn des Planes bis zum Zusammenstoß der KPJ mit der Kominform. Dieser Zusammenstoß wirkte sich auf die jugoslawische Wirtschaft nicht erst seit dem 28. Juni 1948 aus — als die Resolution der Kominform veröffentlicht wurde —, sondern seit der Amtsenthebung des Finanzministers Sreten Zujović und des Industrieministers Andrija Hebrang (beide führende Männer der Kominform). Die Enthebung wurde am

¹⁾ „Borba“, Hauptorgan der KPJ vom 22. 12. 47.

²⁾ „Borba“, vom 24. 4. 48.

6. Mai öffentlich ausgesprochen, tatsächlich bestand sie schon seit März 1948. Von diesem Zeitpunkt datieren auch die schlechten Beziehungen Jugoslawiens zur Sowjetunion und den unter sowjetischer Kontrolle stehenden Ländern. Die zweite Periode dauert vom Beginn des Zusammenstoßes mit der Kominform bis zum Abschluß des ersten Handelsvertrages mit Großbritannien vom 24. 12. 48, oder genauer bis zu seiner Inkraftsetzung einige Monate später. Die dritte Periode dauert noch an.

DIE ERSTE PERIODE

In der ersten Periode ist der jugoslawische Außenhandel nach den Ländern der „Volksdemokratie“ ausgerichtet. Wie stark Jugoslawien in dieser Periode mit den genannten Ländern wirtschaftlich verbunden war, ist aus den folgenden Übersichten wenigstens annähernd zu erkennen:

Ausfuhr nach den Ostblockländern 1948

Land	Ausfuhr	
	in 1000 \$	in %
Albanien	—	—
Bulgarien	6 140	1,1
Tschechoslowakei	72 020	12,9
Polen	53 040	9,5
Rumänien	5 580	1,0
Ungarn	53 600	9,6
UdSSR.	101 610	18,2
Ostblock zusammen	291 990	52,3
Ausfuhr insgesamt	558 300	100,0

In Foreign Commerce Weekly, Nr. 6, vom 8. 5. 50 wird die U.S.-Einfuhr aus Jugoslawien 1948 mit 5 025 000 \$ berechnet.

In den „Nachrichten der Handelskammern Jugoslawiens“, Nr. 5, April 1949, wird der Anteil der jugoslawischen Ausfuhr nach den USA mit 0,9 % der Gesamtausfuhr angegeben.

Aus diesen beiden Angaben wurde die jugoslawische Ausfuhr 1948 mit 558 300 000 \$ errechnet.

Die Werte der Ausfuhr nach den Ostblockländern wurden auf Basis dieser Gesamtzahl mit Hilfe der Prozentsätze errechnet, die wiederum aus den oben zitierten „Nachrichten“ entnommen wurden.

Eine andere Quelle gibt für einzelne jugoslawische Exportprodukte als Ausfuhranteil nach den Ostblockländern innerhalb der ersten 10 Monate 1948 folgende Prozentsätze:

Rohkupfer	72 %	Bleikonzentrat	85,2 %
Elektrolytkupfer	77 %	Zinkkonzentrat	57,1 %
Blei	59 %	Schwefelkieskonzentrat	94,1 %
Rohzink	97,3 %	Ferrochrom	62,1 %
Antimon	62,1 %	Hanf	93,9 %
Quecksilber	72 %	Kaustisches Soda	91,9 %
Eisenerz	100 %	Tanin	86,2 %
Schwefelkies	96 %		

Der gesamte jugoslawische Fünfjahresplan fußt in der Hauptsache auf einer reibungslosen Durchführung des Ein- und Ausfuhrgeschäfts. Die Industrialisierung des Landes — die Grundlage des Fünfjahresplanes — konnte und kann nicht ohne Erfüllung des Einfuhrplanes für Fabrik- und Maschinenanlagen durchgeführt werden. Die Erfüllung ist aber abhängig von der Durchführung des für den Außenhandel aufgestellten Zahlungsmittelplanes, die wiederum von der eigenen Leistungsfähigkeit auf dem Gebiet der für die Ausfuhr bestimmten Erzeugnisse abhängt. An dieser Klippe blieb der Fünfjahresplan gleich zu Anfang hängen, durch sie ist die Wirtschaftspolitik des Landes heute in eine sehr schwierige Lage geraten.

Sogar aus den amtlichen Ergebnissen ist zu ersehen, daß die Verwirklichung des Planes für die landwirtschaftliche Erzeugung nur langsame Fortschritte machte. Nach den amtlichen Unterlagen ist das Plansoll in keinem Jahre erreicht worden. Es hat sich gezeigt, daß der landwirtschaftliche Ertrag nur unter

einem sehr hohen Risiko für die Ausfuhr nutzbar gemacht werden kann. Daher mußte sich Jugoslawien auf die Ausfuhr von Erzen einstellen, und im Zusammenhang damit wurde der Ausbeutung der Bergwerke besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Zum Bergwerksminister wurde der junge und energische Svetozar Vukmanović, der den Beinamen „Tempo“ trägt, ernannt. Daß aber allen Anstrengungen zum Trotz auch hier Schwierigkeiten auftraten, ist in erster Linie den sog. objektiven Faktoren zuzuschreiben: der Unmöglichkeit, die erforderliche Mechanisierung durchzuführen. So hat jetzt auch die Erzausfuhr deutlich gezeigt, unter welchen materiellen Verlusten der erste Fünfjahresplan verwirklicht werden muß und welch geringen Raum die Wirtschaftlichkeit in der Berechnung der Lenker der jugoslawischen Wirtschaft einnimmt. In der ersten Planperiode (und auch später noch) war Jugoslawien gezwungen, 1 kg hochwertigen Stahl mit etwa 70 kg Erz oder 400 kg Zement oder 70 kg Mais zu bezahlen, 1 kg Wollgewebe aber mußte und muß in demselben Verhältnis bezahlt werden wie 1 kg Stahl.

DIE ZWEITE PERIODE

Im Laufe des Jahres 1948 beabsichtigte Jugoslawien, durch Mechanisierung der Forstindustrie sein Zahlungs- bzw. Handelspotential zu erhöhen. Zu diesem Zweck hatte es Maschinen für mehr als 1 Mrd. Dinar bestellt. Da kam es zum Zusammenstoß mit der Kominform, und Jugoslawien befand sich sozusagen in einem wirtschaftlichen Vakuum von der Dauer fast eines ganzen Jahres. Von der vereinbarten Maschinenmenge waren bis dahin nur für 414 546 000 Dinar geliefert worden, also weniger als planmäßig mit einem Wert von 689 454 000 Dinar vorgesehen war. Verträge, deren Ausführung als sicher angesehen worden war, fielen plötzlich aus. Baumwolle für rund 660 Mill. Dinar, Erdölprodukte für über 180 Mill., Walzeisen für 130 Mill., Asbest für etwa 30 Mill., Autobereifungen für etwa 40 Mill. Dinar mußten anderswo beschafft werden. Insgesamt machte das über 1 Mrd. Dinar aus, und diese Mittel waren für die Mechanisierung der Industrie vorgesehen. Außerdem waren auch trotz der abgeschlossenen Verträge von Seiten der Länder des Ostblocks im Dezember 1948 nicht geliefert worden: 3166 t Baumwolle (Sowjetunion und Albanien); 4150 t Walzeisen (Sowjetunion, Ungarn, Polen, Tschechoslowakei); 9000 t Erdölprodukte (Sowjetunion, Rumänien, Albanien); 10 750 komplette Autobereifungen (Sowjetunion, Tschechoslowakei) usw. Dieses Material mußte für teures Geld in Ländern gekauft werden, die außerhalb des kommunistischen Blocks stehen. Die Folge davon waren Störungen im gesamten Außenhandelsplan. Diese Störungen wirkten sich aber wiederum auf die innere Erzeugung aus. Das oben erwähnte Vakuum in den Jahren 1948/49 kam in erster Linie als Rückstand in der Industrialisierung zum Ausdruck. Dieser Rückstand ist auch heute noch zu spüren.

Parallel mit dem Einfuhrplan für Fabrik- und Maschinenanlagen war auch ein Plan für die Errichtung von Fabrikationsstätten ausgearbeitet worden. Da Jugoslawien die Grundbaustoffe (Zement, Beton, Eisen,

Holz, Ziegel, Glas) in ausreichenden Mengen besitzt, konnte sofort an die Verwirklichung gegangen werden. Die Stockung im Außenhandel jedoch führte dazu, daß in vielen Fällen neu errichtete Fabrikanlagen ohne eine einzige Maschine leer stehen blieben. Aber dennoch ist ohne Zweifel ein gewisser Erfolg bei den Bemühungen, bestimmte Industrien (besonders die Schwarzmetallurgie) zu heben, zu verzeichnen. Das ist freilich um den Preis der Vernachlässigung einer organischen, harmonischen Entwicklung der gesamten Wirtschaft erreicht worden, und besonders deutlich läßt sich das Mißverhältnis in der Relation Landwirtschaft : Industrie ablesen.

DIE DRITTE PERIODE

In der dritten Periode zeichnen sich Experimente mit dem Bauern ab; sie haben das Land in eine sehr schwierige Lage gebracht, die die Lenker des Fünfjahresplanes zum Zurückweichen und zur Revision zwingt.

Bekanntlich war das Jugoslawien der Vorkriegszeit ein ausgesprochener Agrarstaat. 1931 hatte es 13 982 000 Einwohner, von denen 10 636 000 oder 76,3 % der landwirtschaftlichen Bevölkerung, nur 3 310 000 oder 23,7 % der nicht-landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung angehörten. Dieses Verhältnis veränderte sich prozentual auch 1939 nicht, als von insgesamt 15 703 000 Einwohnern die landwirtschaftliche Bevölkerung 11 988 000, die städtische Bevölkerung 3 715 000 ausmachte. Nach dem Krieg ist die nicht landwirtschaftlich tätige Bevölkerung sehr schnell um etwa 900 000 Menschen angewachsen. Der Bauer mußte die Arbeitskraft für die verstärkte Ausbeutung der Wälder und Bergwerke stellen, wo der Mangel an Maschinen durch eine erhöhte Arbeiterzahl ausgeglichen werden mußte. Außerdem aber mußten auch die Belegschaften für die Industrie aus der Landbevölkerung rekrutiert werden. Das alles verringerte die Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. Die jugoslawische Industrie war nicht imstande, den erhöhten Bedarf des Dorfes an Maschinen zu befriedigen, und daher mußte sich das Abziehen der Arbeitskraft vom Lande ungünstig auf die landwirtschaftliche Erzeugung auswirken.

Von ihrem kommunistischen Standpunkt aus suchte die jugoslawische Regierung die Gründe für diese unbefriedigenden Ergebnisse der landwirtschaftlichen Erzeugung in dem sog. „Kleinbesitzcharakter“ des bäuerlichen Eigentums. Dementsprechend glaubte sie, die Erzeugung durch Liquidierung des Kleinbesitzes erhöhen zu können. Deshalb wurde auf der zweiten Vollversammlung des ZK der KPJ Anfang 1949 der Beschluß über die beschleunigte Durchführung „der Verstärkung des sozialistischen Sektors in der Landwirtschaft“ gefaßt, d. h. der Kollektivierung bzw. Schaffung der „bäuerlichen Arbeitsgemeinschaften“. Der Beschluß wurde sofort in die Tat umgesetzt. Welches Tempo dieser Aktion gegeben wurde, ist aus folgenden Angaben über das Anwachsen der „bäuerlichen Arbeitsgemeinschaften in Jugoslawien“ zu ersehen: 31. 12. 1945: 31; 31. 12. 1946: 454; 31. 12. 1947: 808; 31. 12. 1948: 1318; 10. 4. 1949: 3346; 15. 9. 1949: 5000; 10. 1. 1950: 6492.

Die Folgen dieser überstürzten Kollektivierung auf dem Lande waren fast katastrophal, wie u. a. aus den offenen Eingeständnissen einzelner maßgebender Männer des heutigen jugoslawischen Regimes und auch Titos selbst hervorgeht. In einigen seiner Reden (in Užice, Split, Drvar) ging Tito auf die Frage der Kollektivierung auf dem Lande ein und stellte fest, daß „die Art der landwirtschaftlichen Erzeugung sich bis heute noch um nichts geändert habe“; daß an die Verwirklichung der bäuerlichen Arbeitsgemeinschaften „nicht richtig herangegangen worden sei“; daß daher ein „Nichterfassen der Bedeutung der Gemeinschaften in der Landbevölkerung festzustellen sei“; daß „es Fälle gäbe, wo der arme Bauer, der eben erst Land erhalten habe, nicht mehr in die Gemeinschaft gehe. Er sage, er habe das Land bekommen, und man solle ihn jetzt ein wenig darauf leben lassen“; in Drvar sagte Tito wörtlich: „Ich glaube, daß wir gerade in der Frage der Schaffung der bäuerlichen Gemeinschaften die meisten Fehler gemacht haben“; „es wurde mathematisch gerechnet und nicht auf die realen Möglichkeiten, auf die Menschen, auf die Stimmung der Menschen und darauf gesehen, ob diese Menschen bereit sind, in eine Gemeinschaft einzutreten“; es hat „Anwendung von Druckmitteln unter der Drohung entweder — oder, unter der Drohung von Steuererhöhung, von zwangsweiser Überführung zur Waldarbeit gegeben“ usw.

Beim Ankauf der vorjährigen Ernte wurden die Bauern oft unter Druck gesetzt, so daß „manchem einfach die Scheune leergeräumt wurde“ (Tito in der Rede in Drvar), dem Bauern alles genommen wurde und er „keine Frühjahrsbestellung mehr vornehmen konnte“ und „viele Bauern einfach das Interesse an der Aussaat verloren haben“. In der gleichen Rede³⁾ stellte Tito fest, daß im Jahr 1949 eine Fläche von 6 800 000 ha bestellt worden sei, was 200 000 ha weniger als 1939 und 500 000 ha weniger als 1948 bedeuten würde. In Wirklichkeit waren nach den Unterlagen, die uns der Fünfjahresplan selbst gibt, im Jahr 1939 7 235 000 ha bestellt gewesen, also (unter der Voraussetzung, daß die von Tito angegebene Zahl richtig ist) 435 000 ha mehr als 1949. Allein in Bosnien wurden 150 000 ha weniger bestellt als früher.

Aus verschiedenen Quellen⁴⁾ ist zu ersehen, daß auch der Viehbestand erheblich zurückgegangen ist. Die Bauern haben — ebenso wie seinerzeit in der Sowjetunion — vor Eintritt in die Gemeinschaft nicht nur ihr Inventar, sondern auch ihr Vieh verkauft oder gar erbarmungslos abgeschlachtet. Ferner hat sich gezeigt, daß das Vieh in den Gemeinschaften keineswegs so gepflegt wird wie vordem, so daß sich Ausfälle infolge von Krankheiten und gelegentlich — wie in Mazedonien — auch infolge von mangelhafter Fütterung vermehrt haben. Nach dem Fünfjahresplan sollte der Viehbestand, besonders in bestimmten Zweigen der Viehzucht, erheblich erhöht werden. Statt einer Erhöhung ist eine Verminderung eingetreten.

³⁾ „Politika“, vom 14. 3. 50.

⁴⁾ Rede des Präsidenten des Hauptverbandes der landwirtschaftlichen und bäuerlichen Arbeitsgemeinschaften Serbiens, R. Nedeljkovic, „Borba“ vom 5. 2. 50 und 18. 3. 50; Rede des Abgeordneten Mijalko Todorovic in der Budget-Debatte usw.

So bleibt die Frage der landwirtschaftlichen Erzeugung offen. In letzter Zeit häufen sich die Nachrichten, daß der Kollektivierung Einhalt geboten werden müsse und daß sogar, wenigstens in gewissem Ausmaß und gewisser Weise, eine Entkollektivierung zu erwarten sei. Die Kollektivierung brachte der KPJ wirtschaftliche und politische Nachteile. Wahrscheinlich hätte die Belgrader Regierung die Kollektivierung auch nicht so überstürzt durchgeführt, wenn es nicht zum Zusammenstoß mit der Kominform gekommen wäre. Angesichts der Angriffe aus Moskau und den anderen Volksdemokratien wollten die jugoslawischen Kommunisten päpstlicher als der Papst sein und beweisen, daß sie die Kollektivierung des Dorfes viel schärfer nach der „Generallinie“ durchführten als Bulgarien, Rumänien, Ungarn usw., deren Machthaber heute beim Kreml in Gunst stehen. Aber die Realitäten verbieten die Fortführung dieses Kurses. Alle Berichterstatter aus Jugoslawien sprechen von der großen Not, von dem Mangel an vielen lebenswichtigen Gütern, der sagenhaften Teuerung, der Übermüdung und Ausmergelung weiter Volksmassen besonders in den Städten, vom Mangel an Bekleidung und Schuhwerk usw. usw. Vor einiger Zeit hat der Kommentator der Londoner BBC gemeldet, daß „der Widerstand der Bauern gegen das Regime sehr stark sei und daß außer ehemaligen Landstreichern, die auf billige Weise zu fremdem Besitz gelangt seien, und einer gewissen Anzahl bevorzugter Bauern die gesamte Bauernschaft gegen das Regime und die gesamte Kollektivierung sei“. Infolge der bäuerlichen Sabotage und Mißstimmung, sagte derselbe Kommentator, seien große Flächen unbearbeitet geblieben, und das Regime sehe sich gezwungen nachzugeben, in der Hoffnung, daß es später den Bauern doch werde für sich gewinnen können.

Die Ausfuhr von Verbrauchsgütern und Lebensmitteln ist in Anbetracht der eigenen Armut und des eigenen Mangels geradezu tragisch. In jüngster Zeit forciert die jugoslawische Regierung besonders die Lebensmittelausfuhr nach Deutschland, wo sie für etwa 100 Mill. DM Industrieanlagen und andere Waren zur Durchführung des Fünfjahresplanes zu erhalten hofft. Die jugoslawischen Erzeugnisse sind in Deutschland billiger als die einheimischen, und die gleichen Erzeugnisse werden in Jugoslawien selbst auf dem „freien Markt“ fünf- bis zehnmal so teuer verkauft.

DIE ARBEITERFRAGE

Gleichzeitig stellt die Arbeiterfrage eine schwere Belastung der jugoslawischen Wirtschaft dar. Viele Maßnahmen sind ergriffen worden, um diese Frage zu lösen, wie es der Durchführung des Fünfjahresplanes entsprechen würde. Aber sie alle haben bisher im wesentlichen mit Mißerfolgen geendet. Tito selber hat in seiner Wahlrede in Split gestanden, daß allein im Jahre 1949 (von einer Gesamtzahl von 2 200 000 Arbeitern) „etwa 400 000 Mann teils berechtigt, teils unberechtigt der Arbeit ferngeblieben sind“. Es gibt ganze Abteilungen in den Fabriken, die aus Mangel an Arbeitskräften nicht arbeiten können. Zum Arbeitskraftproblem gehört auch die Fluktuation der Arbeiter.

Und dazu kommt als besonders erschwerend die Frage einer ausreichenden Versorgung mit Facharbeitern, Ingenieuren, Technikern usw.

Das Regime ergreift z. Zt. neue Maßnahmen, um die Frage der Arbeitskraft zu lösen. Zu diesem Zweck ist kürzlich auch die Verordnung über die Festlegung der Arbeitskraft ergangen und sofort rechtswirksam geworden. Diese Verordnung sieht den Abschluß sog. Verträge zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber vor, wobei letzterer natürlich der Staat ist. Der Abschluß des Vertrages geschieht „freiwillig“, ebenso wie auch der Eintritt der Bauern in die von der Regierung gegründeten Gemeinschaften „freiwillig“ erfolgte. Damit verliert der Arbeiter auch den letzten Rest an Freiheit: die Freiheit der Arbeitsplatzwahl, und damit ist er in eine wirtschaftlich und politisch noch schwerere Lage geraten.

Ein weiterer grundlegender Versuch, das Problem der Arbeitskraft von der sozialen Warte aus zu lösen, ist das am 29. 6. 50 verkündete „Grundgesetz über die Leitung der staatlichen Wirtschaftsunternehmen und höheren wirtschaftlichen Vereinigungen durch die Arbeiterkollektive“. Das Gesetz stellt, nach der Kollektivierung der Landwirtschaft, zeitlich die zweite „revolutionäre Maßnahme“ der jugoslawischen Regierung seit Ausbruch des Streites mit Moskau dar. Es versucht, über die Einführung von Arbeiterkollektiven das Problem der betrieblichen Mitbestimmung zum Zwecke einer Produktivitätserhöhung zu lösen.

Im Artikel 1 heißt es: „Die Fabriken, Bergwerke, Verkehrs-, Transport-, Handels-, landwirtschaftlichen, Forst-, kommunalen und anderen Staatsbetriebe werden als Gemeinbesitz des Volkes namens der gesellschaftlichen Gemeinschaft von den Arbeiterkollektiven im Rahmen des staatlichen Wirtschaftsplanes . . . geleitet.“ Zu diesem Zwecke sieht das Gesetz die Bildung von Arbeiterräten und Verwaltungsausschüssen in den Betrieben auf dem Wege einer allgemeinen, direkten und geheimen Wahl vor. Aber obwohl auf den ersten Blick dem Arbeiter durch detaillierte Vorschriften weitgehende Rechte und Vollmachten eingeräumt zu werden scheinen, wird bei genauerer Betrachtung doch deutlich, daß die ebenfalls im Gesetz enthaltenen Einschränkungen der erwähnten Rechte und die starke Betonung der Pflichten gegenüber der Gemeinschaft die Lage des Arbeiters kaum verbessert haben dürften. Schließlich sorgt ja auch die Wahltechnik des Systems dafür, daß nur die Personen in die Arbeiterräte und Ausschüsse gewählt werden, die dem Regime genehm sind. Darüber hinaus hat das gleiche Gesetz die Stellung des Betriebsdirektors — der übrigens vom Staat, nicht etwa von der Arbeitervertretung ernannt wird — erheblich verstärkt. Nach Artikel 38 ist „der Direktor unmittelbar verantwortlich für die Durchführung der Gesetze, der sonstigen Rechtsvorschriften und der Anweisungen der zuständigen staatlichen Organe, und er haftet für deren Anwendung im Betrieb“. Schließlich steht ihm sogar die Beschlußfassung über Kündigung der Arbeiter und Angestellten zu, „sofern dieses Recht nicht auf Grund der Vorschriften anderen Personen im Betrieb übertragen wird“. So fragt es sich denn, ob dieses Gesetz, dem von der Belgrader Regierung — namentlich dem

Ausland gegenüber — große Bedeutung zugemessen wird, die Lage der Arbeiter überhaupt zu bessern vermocht hat.

Damit dürften jedoch nicht alle Schwierigkeiten, mit denen die jugoslawische Regierung zu kämpfen hat, erschöpfend aufgeführt sein. Im folgenden seien wenigstens einige wesentliche Probleme noch erwähnt: Der Verlust an persönlicher Initiative führt allmählich zu einer Bürokratisierung der Wirtschaft. Dadurch, daß das Hauptaugenmerk stets auf das mengenmäßige Ergebnis der Produktion gerichtet war, hat die Qualität der Erzeugnisse erheblich gelitten. Um allzu große Reibungen bei der Durchführung des umfangreichen Programms zu vermeiden, war es häufig notwendig, sogen. Produktionsreserven anzulegen. Schwierig gestaltete sich oft auch die Verteilung der erzeugten Güter, die Lösung des Problems eines sinnvollen Einsatzes der Kapitalmittel etc. Nicht zuletzt aber drückt auch der erheblich gesunkene Lebensstandard auf die Produktionskraft des Landes.

Nach allem bisher Gesagten ist es offensichtlich, daß sich der Fünfjahresplan nicht in der vorgesehenen

Frist wird erfüllen lassen, zumindest nicht auf allen Gebieten. Ganz zweifellos hat die Hilfe des Westens durch Kapital- und Warenlieferungen wesentlich zur Durchführung des Planes beigetragen. Aber dennoch wird sie, falls sie nicht über den bisherigen Umfang hinaus ausgedehnt wird, das Programm nicht retten können. Das Schicksal der Forstindustrie werden auch einzelne Zweige der Metallindustrie erleiden, so besonders die Werke zur Herstellung von Motoren und Automobilen, hochwertigem Stahl und Kugellagern. Natürlich ist es schwer, die weitere Entwicklung der jugoslawischen Wirtschaft vorauszusagen, insbesondere da noch nicht einmal Endgültiges über eine Revision des Kollektivierungsprogramms bekannt ist. In Kreisen der Kominform hat man bereits 1948 angenommen, daß der Fünfjahresplan sofort nach dem Zusammenstoß mit Moskau stark eingeschränkt, auf manchen Gebieten gar um 50 % herabgesetzt worden sei. Aus den von der jugoslawischen Plankommission zur Verfügung gestellten Prozentzahlen geht dies jedoch nicht hervor.

Die Industrialisierung Bulgariens nach dem zweiten Weltkrieg

Von einem Sonderkorrespondenten

Der bulgarische Zweijahresplan¹⁾, der in den Jahren 1947 und 1948 lief, hatte die Aufgabe, die wichtigsten Produktionszweige der bulgarischen Volkswirtschaft auf das Vorkriegsniveau zu bringen und darüber hinaus die Voraussetzungen für eine weitere, weitsichtigere Planung zu schaffen. Diese zwei Aufgaben hat der bulgarische Zweijahresplan im großen und ganzen erfüllt. Die Industrieproduktion des Landes übertraf den Vorkriegsstand um 71,5 %. Das Eisenbahnnetz wurde um 400 km gegenüber 1939 erweitert. Die Transportleistung der Eisenbahn stieg von 1,2 Mrd. t/km für 1939 auf 2,5 Mrd. t/km für 1948 oder um 101 % an. Die Investitionen nach dem Zweijahresplan beliefen sich auf 221 Mill. \$ zu Preisen von 1948, wobei auf die einzelnen Wirtschaftszweige entfielen: Bergbau und Industrie 45 %, Transport 15 %, Landwirtschaft 6 %, Wohnungsbau 11 %, öffentliche Dienste 17 %, andere 6 %. Die Beschäftigtenzahl²⁾ im Gewerbe (Industrie und Handwerk), in der Bauwirtschaft, im Transport- und Nachrichtenwesen, im Handel und in den Staatsdiensten nahm 1948 gegenüber 1947 um 41 000 und gegenüber 1946 um 150 000 Beschäftigte zu. Die Zahl der Arbeiter in der Industrie wuchs von 95 210 im Jahre 1939 auf 155 350 im Jahre 1947 und auf 188 236 im Jahre 1948 an, d. h. sie verdoppelte sich 1948 gegenüber 1939.

In die Zeit der Durchführung des Zweijahresplanes fiel auch die wichtigste wirtschaftspolitische Maßnahme der bulgarischen Regierung auf dem Gebiet der Industriewirtschaft, nämlich die Verstaatlichung

der gesamten Industrie des Landes. Mit Gesetz vom 23. Dezember 1947 wurden etwa 7 000 Industriebetriebe verstaatlicht. Zur Zeit der Verstaatlichung zählten nur 500 Industriebetriebe über 50 Arbeiter. Die Gesamtindustrie des Landes bestand 1939 aus 3 355 Betrieben mit 93 000 Arbeitern, wobei als Industriebetriebe alle Betriebe gezählt werden, die mehr als 10 Arbeiter beschäftigen oder mechanische Kraft von mehr als 10 PS ausnutzen. Von der Verstaatlichung sind also auch 3—4 000 Betriebe rein kleingewerblichen Charakters betroffen worden. Eine Ausnahme von der Verstaatlichung bilden die genossenschaftlichen Industrieunternehmen sowie jene, die nach dem Friedensvertrag dem Sowjetstaat zugesprochen wurden (ehemaliger deutscher Besitz).

Lieferungen an Investitionsgütern von der Sowjetunion, aber auch von der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und bis Anfang 1948 auch aus Jugoslawien, ermöglichten die Errichtung vieler neuer und den Ausbau bereits vorhandener Fabriken. Allein im Jahre 1948 wurden Maschinen für 1,7 Mrd. Lewa (rd. 6 Mill. \$) aus dem Ausland eingeführt. Das Braunkohlenrevier im Tal von Maritza, östlich von Plowdiw, wurde als Standort für die Errichtung der größten Industriestadt des Landes unter dem Namen „Dimitroffgrad“ gewählt. Das bereits dort vorhandene Kraftwerk „Maritza I“ und ein zweites Werk von 50 000 kVA, das sich 1947 in Bau befand, sowie das Steinkohlen- und Erzlager der Rhodope waren weitere Anziehungspunkte für die Errichtung dieses Industriezentrums. Hier wurde der Bau von einem Stickstoffwerk, das jährlich 30 000 t Ammoniak, 40 000 t Kalziumsalpeter, 60 000 t Stickstoffsäure und 50 000 t

¹⁾ Veröffentlicht in: Darzawen westnik (Staatsanzeiger) vom 24. 4. 1947 in Sofia.

²⁾ Petgodischniat narodostopanski plan (Der volkswirtschaftliche Fünfjahresplan) Sofia 1948, S. 46—48.